Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1558. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 255. Freitag, 1. November 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die französische Enttäuschung.

An zwei Faktoren ist Daladier bei dem Versuch der Regierungsbildung gescheitert: an Briand und an der Sozialdemokratie, eins so unerfreulich wie das andere. Die internationale Lage in Europa erfährt dadurch natürlich wieder eine höchst unbequeme Versteifung. Der Außenpolitiker, der gewohnt ist, seinen Blick auf die allgemeinen internationalen Beziehungen zu richten, kann diese unglückliche Entscheidung Frankreichs kaum verstehen. Weniger enttäuscht wird der Kenner der Innenpolitik sein. In Frankreich ist das Zustandekommen eines Blocks der Linken schwieriger, als in irgend einem anderen Lande. Und bei der Regierungsbildung in irgend einem Lande werden natürlich nicht die fremden Völker gefragt, sondern es geht lediglich nach den innerpolitischen Interessen des eigenen Volkes. Damit, daß dabei die internationalen Interessen häufig zu kurz kommen, muß man sich leider abfinden. So weit ist der politische Horizont, auch des modernen Staatsbürgers, noch nicht entwickelt, daß er nicht nur das Interesse seines Staates über seine Privatinteressen, sondern auch noch außerdem das Interesse Europas über dasjenige seines Staates stellte. In Wirklichkeit ist das Schicksal jedes Staates seine Außenpolitik. Aber sie ist mehr als jede andere Politik eine solche auf weite Sicht. Eine vernünftige Außenpolitik würde auch den Franzosen in ihren nationalsten und privatesten Interessen schließlich am meisten dienen. Aber das sieht der Durchschnittsfranzose von heute noch nicht. Stärker als in anderen Ländern herrschen in Frankreich Nationalismus und Militarismus. Gegen diese Gewalten sich aufzulehnen, erfordert eine Zivilcourage, die im klassischen Ursprungslande der europäischen Demokratie leider doch zu den Seltenheiten gehört. Außerdem haben diese Gewalten einen mächtigen Verbündeten am französischen Finanzkapital, das die Presse beherrscht und jederzeit eine Panik der kleinen Sparer hervorrufen kann, wenn es eine solche nötig zu haben glaubt, um eine mißliebige Regierung zu stürzen.

Frankreich ist auch heute noch das Rentnervolk, dem die Sicherung eines behaglichen und nicht zu kurz bemessenen Alters wichtigsten Lebensinhalt bedeutet. Wie wichtig aber die Lage bei den Sparbanken für die politische Lage ist, zeigt gerade gegenwärtig auch das Beispiel Oesterreichs. Und Briand ist im Laufe des letzten Jahres so weit nach rechts gerückt, daß er noch weniger, als irgend ein anderer, mit diesen traditionell herrschenden Mächten zu brechen vermöchte. Am Maße eines Henderson oder eines Stresemann gemessen, schrumpft die Persönlichkeit Briands, gerade durch seine Haltung in der jetzigen Regierungskrise erschreckend zusammen. Republikanische Union ist sein erstes und sein letztes Wort, und das telephoniert er in der Nacht vor der Entscheidung an Daladier zum dutzendsten Male, sodaß es dieser auf den entschiedenen Linksblock eingestellte Politiker tatsächlich nicht anders als eine Absage, ja, darüber hinaus wohl auch als persönliche Beleidigung empfinden kann. Anscheinend leidet Briand auch noch sehr stark unter den Nachwirkungen der Haager Konferenz. Die Loslösung Englands von Frankreich ist für ihn persönlich so bitter, daß er nun erst recht den Rückhalt bei den nationalistischen Gruppen nötig zu haben glaubt.

Natürlich wird die Sozialdemokratie durch das alles nicht entschuldigt. Es ist kein Zweifel, daß Daladier und die Radikalsozialisten es ehrlich gemeint haben, als sie der Sozialdemokratie die Teilnahme an der Regierung und nicht nur eine Politik der internationalen Verständigung, sondern auch eine solche der sozialen Reform anboten. Es war ein historisch bedeutungsvoller Moment, den der Nationalkongreß der französischen Sozialdemokratie nun verpaßt hat. Es ist nicht zuviel gesagt: in der ganzen Welt wartete man auf eine positive Entscheidung. Nur durch diese hätte sich Frankreich in die Harmonie der europäischen Großmächte eingefügt und die Auswirkung der Haager Beschlüsse in reibungsloser Form ermöglicht. Wenn jetzt der elende Kuhhandel über alle möglichen Bedingungen und Einschränkungen in der Räumungsfrage und in der Saarfrage wieder losgeht, wenn wieder neue Wolken der Verärgerung und des Mißtrauens zwischen den Völkern aufsteigen, dann hat die angeblich internationale sozialistische Partei ihr vollgerüttelt Maß an Schuld daran. Auch der „Vorwärts", der die französischen Parteigenossen nur sehr zaghaft anzufassen wagt, kann diesmal doch seine bittere Enttäuschung nicht verhehlen. Aber es handelt sich hier nicht nur um eine sozialistische Enttäuschung. Es ist eine Enttäuschung auf der ganzen Linie. Es handelt sich in einem kritischen Moment der internationalen Politik um ein bedauerliches Versagen Frankreichs, um ein Versagen seines führenden Staatsmannes Briand, um ein Versagen des französischen Parlaments, um ein Versagen des französischen Volkes.

Vertreter der Grünen Front beim Reichspräsidenten.

)(Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern die führenden Herren der „Grünen Front", Reichsminister a. D. Dr. Schiele, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Bayerischer Staatsminister und Reichsminister a. D. Dr. Fehr, Präsident der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes, und nahm ihren Vortrag über die gegenwärtige ernste Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere über die Notwendigkeit der Landwirtschaft wegen der deutsch-polnischen Verhandlungen, entgegen.

Das Volksbegehren.

Amtliche Meldung über das vorläufige Ergebnis.

Berlin. (Funkspruch.) Nach den beim Reichswahlleiter bis zum 1. 11. 12 Uhr mittags eingegangenen Meldungen stellt sich das Ergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren wie folgt:

Zahl der Stimmberechtigten	36 689 048
Zahl der Eintragungen	3 571 356
Mithin Beteiligung	9,73 Prozent.

Gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten (41 278 897) liegen die Eintragungsziffern aus etwa 88,88 Prozent des Reichsgebietes vor. Die obengenannten Zahlen enthalten die vorläufigen nahezu vollständigen Gesamtergebnisse für 25 Stimmkreise, sowie Teilmeldungen für die übrigen 10 Stimmkreise. Teilmeldungen stehen noch aus folgenden Stimmkreisen (die Zahl der Stimmberechtigten für das noch ausstehende Gebiet ist in Klammern beigefügt):

Nr. 1: Ostpreußen (1 150 000), Nr. 11: Merseburg (40 000), Nr. 14: Weser-Ems (460 000), Nr. 17: Westfalen-Nord (630 000), Nr. 19: Hessen-Nassau (1 085 000), Nr. 24: Oberbayern-Schwaben (31 000), Nr. 25: Niederbayern (630 000), Nr. 31: Württemberg (22 000), Nr. 32: Baden (340 000), Nr. 35: Mecklenburg (65 000).

*

Das vorläufige Ergebnis in Sachsen.

In ganz Sachsen, das heißt in den drei sächsischen Wahlkreisen sind nach den vorläufigen Berechnungen etwa über 400 000 Stimmen abgegeben worden, das sind bei einer Stimmberechtigtenzahl von 3 463 887 etwa über 11½ v. H.

*

Das vorläufige Ergebnis im 28. Wahlkreis Dresden—Bautzen beträgt 122 397 bei einer Stimmberechtigtenzahl von 1 297 798, also fast 9½ v. H.

Der Reichsfinanzminister zur Etatslage des Reiches.

vdz. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding einen **Ueberblick über die Etatslage des Reiches.** Er teilte einleitend mit, daß dem Reichstage in dieser Herbsttagung noch ein **Nachtragshaushalt für 1929** und auch der Etat für 1930 zugehen werde. Er habe rücksichtslos überplanmäßige Ausgaben gedrosselt, in gewissem Umfange müßten aber erhöhte Ausgaben nachträglich etatisiert werden. Der Nachtragsetat werde in erster Linie vorschlagen, das 1928 entstandene Defizit von 154 Millionen Mark abzudecken. Dadurch werde gleichzeitig die Kassenlage um diesen Betrag erleichtert. In zweiter Linie soll das Defizit des Jahres 1929 abgedeckt werden. Schließlich müßten auch eine Reihe von Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher Vertragsverpflichtungen, die erst im Laufe des Rechnungsjahres entstanden wären, wie z. B. die 12,5 Millionen aus dem belgischen Markabkommen, eingestellt werden; **der Nachtragsetat werde jedoch ein in sich balanzierender Etat sein. Er werde den Nachtragsetat sofort vorlegen, wenn die Haager Konferenz mit einem positiven Ergebnis abschließe;** dasselbe gelte für den Etat 1930 und für die Finanzreform. Beide seien innig verbunden, da der Etat 1930 auf der Finanzreform aufgebaut sein werde.

Die **Finanzreform habe eine Senkung der Steuerlast zum Ziele,** die notwendig sei zur **Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft.** Eine solche Steigerung sei zugleich beste Sozialpolitik, denn sie führe zur Minderung der Arbeitslosigkeit und sei zugleich Voraussetzung künftiger sozialpolitischer Maßnahmen. Die Finanzreform wird an einer **Senkung der Einkommensteuer,** die sich insbesondere **auch bei den unteren Stufen durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums** auswirken werde, und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Das Ziel der Finanzreform, die Entlastung der Volkswirtschaft und aller ihrer Träger, wird dadurch nicht verkleinert werden, wenn beispielsweise die **Biersteuer** in dem schon 1929 geplanten Umfange **erhöht** würde.

An Monopole werde gegenwärtig nicht gedacht, da sie Komplikationen mit sich bringen, die die Reform aufhalten könnten. Auch verbiete die Geldmarktlage augenblicklich die Durchführung solcher Bestrebungen. Die Finanzreform habe zur Voraussetzung eine **echte Balanzierung des ordentlichen Etats** und eine fortschreitende Sanierung des außerordentlichen Etats. **Die bedrohliche Situation der Kassenlage,** wie sie im Frühjahr ds. Js. entstanden war, **könnte als überwunden gelten, wenn auch im Laufe dieses Winters von der Arbeitslosenversicherung noch einmal große Ansprüche an die Reichskasse gestellt werden würden. Die Lage der Wirtschaft sei durchaus nicht bedrohlich;** unsere Industrie sei wieder wettbewerbsfähig und der Export habe unsere Handelsbilanz wieder aktiv werden lassen. Das **Zündholzgesetz** wird in allernächster Zeit dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet werden. Die Grundlage für eine allgemeine Diskussion über die Finanzreform stehe noch nicht fest, da alles von dem Inkrafttreten des Youngplans abhänge.

In der Aussprache erklärte der Vertreter der Bayrischen Volkspartei, daß die Biersteuer bei seinen Freunden auf schärfsten Widerstand stoßen werde.

Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten, einen zahlenmäßigen Ueberblick über den Nachtragsetat und über den Finanzreformplan sofort vorzulegen, wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Auch Clementels Regierungsbildung gescheitert.

Paris, 31. Oktober. (Telunion.) Um 20.15 Uhr französischer Zeit wird amtlich mitgeteilt, daß der mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragte Senator Clementel dem Präsidenten der Republik erklärt hat, daß er am Donnerstag mittag sein Kabinett fast fertiggestellt hatte, daß jedoch im Laufe des Nachmittags unüberwindliche Schwierigkeiten aufgetaucht seien, die insbesondere der Besetzung des Innenministeriums galten. Senator Clementel hat danach auf die Fortsetzung seines Auftrages verzichtet. Zur Stunde ist nicht bekannt, wen Doumergue nach den zwei mißglückten Versuchen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen wird. In politischen Kreisen nimmt man als mutmaßlichen Ministerpräsidenten Briand oder Tardieu an.

*

Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt.

* Paris, 1. November. Staatspräsident Doumergue hat in den späten Abendstunden nach einstündiger Unterredung den bisherigen Innenminister Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt. Tardieu hat diesen Auftrag angenommen und hat die Besprechungen mit seinen politischen Freunden heute vormittag begonnen.

Eine gemeinsame Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzen-Organisationen.

)(Berlin. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine deutsche Beamtenbund veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der es u. a. heißt: Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie protestiert in einer Entschließung dagegen, daß an den Reichsbahnverhandlungen in Paris Vertreter der Eisenbahngewerkschaften teilnehmen. Er unterläßt es hinzuzufügen, daß an diesen Verhandlungen auch leitende Persönlichkeiten der Reichsbahn beteiligt sind und daß daher nur dem Artikel 165 der Reichsverfassung Genüge geschieht, der die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Unternehmern gewährleistet. Um die Verhandlungen über das Reparationsproblem nicht zu gefährden, und um dem Auslande gegenüber geschlossen aufzutreten, haben wir gegen die einseitige Ernennung von Vertretern der Industrie und der Banken als Sachverständige für den Young-Plan, die uns erst durch Zeitungsnachrichten bekannt wurde, keinen Einspruch erhoben. Wir erheben jedoch nunmehr nachträglich Einspruch dagegen, daß zum Verhandlungsführer für die Saarfragen ein Mitglied der deutschen Industrie ernannt wird, und ersuchen die Regierung, diesen Vertreter alsbald zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne industrielle Kontrolle zu überlassen.